

Eine Schicksalsstunde, nicht minder schwer wie in jenen Augusttagen des Jahres 1914!

Vorteilhaft und Vorteilhaber haben uns getrennt, unser Leben vergiftet, Feindschaft in unseren Reihen gesät, wo Liebe und gegenseitiges Versehen herrschen sollten. Sind wir denn nicht alle Kinder eines Landes, Schicksalsgenossen in schwerem Leid und tiefer Bedrängnis? Haben wir nicht gemeinsam die furchtbaren Jahre des Krieges durchlebt, so manches Mal in bitterer Not einander suchend? Die kommende Zeit verlangt ein einzig Volk, das in allen seinen Gliedern bereit ist, das Unvermeidliche zu tragen und sich aus dem Dunkel unserer Lage zu einer besseren Zukunft emporzuarbeiten. Ungeheuer sind die Aufgaben, die uns bevorstehen. Sittlich ist es doch, Summen aufzubringen, die selbst in dieser Zeit des gänzlich veränderten Zahlen-sinnes nur schwer vorstellbar sind. Das wird aber nur möglich sein, wenn ein jeder unter uns seine Pflicht tut an seinem Teile. Arm und reich, Kapitalist und Arbeiter, jung und alt — an einen jeden ergeht der Ruf!

Niemals werden die Lebensfragen des deutschen Volkes gelöst werden können durch die Entfesselung ge-hässigen politischen Kampfes, dadurch, daß man die Brand-fackel des Parteigezänzes in die Trümmerwelt unserer staatlichen Tafeln schleudert. Von diesem Standpunkt aus werden wir das große Problem nicht meistern können. Es wird dazu guter Nerven und ruhiger Objektivität be-dürfen. Diese Worte des Reichskanzlers zeichnen den Weg vor, der bei der Behandlung der kommenden ein-schneidenden Finanzkrisis zu geben sein wird. Diese „ruhige Objektivität“ wird den unvermeidlichen Inter-essenkämpfen ihre Schärfe zu nehmen haben, wird dazu führen müssen, daß alle, die leisten können, bis zum äußersten das Abziehe tun. Auch jene, die über bisher noch nicht im gleichen Maße wie andere erfasste Steuer-quellen verfügen, werden im Hinblick auf den tiefen Ernst der Stunde dem Staate, d. h. der Volksgesamtheit, geben, was des Staates ist. Für den alles zersetzenden wirtschaftlichen Egoismus ist in der schwersten Zeit der deutschen Not kein Raum. Das dürfen wir ganz besonders bei den bevorstehenden Steuerkämpfen nicht vergessen, sollen wir jemals wieder einen Wiederanstieg des deutschen Volkes zu neuer Größe erleben. Heute muß der „Wille zum Opfer“ aus der klaren Erkenntnis unserer unabwendbaren Notwendigkeiten herauswachsen.

### Die Erweiterung der Freilisten.

Verkehr zwischen besetzten und unbe- setzten Gebiet.

Die angekündigte umfangreiche Erweiterung der Frei- listen für den Verkehr zwischen dem besetzten und unbe- setzten Gebiet ist erfolgt.

Unter dem Druck der schweren Geschäftsschwächen, die als Folge der Zwangsmaßnahmen an manchen Stellen der rheinischen Wirtschaft eingetreten sind, hat die Rhein- landkommission für eine ganze Reihe von Waren, insbe- sondere solche der Textilindustrie, die Ausfuhr aus dem be- setzten in das unbesetzte Gebiet von jeder Genehmigungspflicht befreit. Eine weitere Erleichterung ist für den Ver- kehr zwischen den Banken des besetzten und unbesetzten Gebietes angeordnet worden. In Zukunft sollen nämlich Palette mit Wertpapieren, sowie Wertsendungen im Ver- kehr zwischen Banken des besetzten und unbesetzten Gebietes ohne Bewilligung des Emser Amtes erlaubt werden dürfen. Die Rheinlandkommission hat außerdem eine Freiliste zusammengestellt, die für die Einfuhr aller alle Grenzen des besetzten Gebietes Geltung haben soll, also sowohl für die Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland wie aus dem Ausland. Soweit sich diese letztere Freiliste auf den Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland bezieht, ist auch die Selbstverständlichkeit zu begründen. Ihre Aus- dehnung auf die westliche Reichsgrenze indes bedeutet eine Öffnung dieser Grenze für zahlreiche Artikel, deren Ein- fuhr die deutsche Leistungsfähigkeit und damit auch die Fähigkeit Deutschlands zur Reparation außerordentlich schwächen muß.

### Der polnische Rückzug geht weiter.

Die erste Zone erledigt.

Die Räumung Oberschlesiens durch die Polen hat energischer begonnen. Besonders im Norden und Süden wird der Rückzug bemerkbar. Die Lage in Oberschlesien ist im allgemeinen etwas ruhiger geworden. Dennoch ist darin und auch in den Anzeichen des Rückzuges nicht ein Aufhören des polnischen Aufstandes zu sehen. Die eigentliche Kampflosigkeit ist eingetreten. Nur hin und wieder werden Apo-Kommandos beschossen. Im Indus- triegebiet herrscht aber noch schlimmer Terror. Die Stimmung der Bevölkerung ist daher verzweifelt. Augen- zeugen berichten aus Rybnik, daß die Stadt furchtbar lei- det. In der Gegend von Czernowica sind polnische Trup- penansammlungen festgestellt worden. Verhaftungen, Er- pressungen und Verschleppungen sind an der Tages- ordnung.

Der englische General Kennister hat dem Führer des deutschen Selbstschutzes mitgeteilt, daß der Rückzug der polnischen Insurgenten aus der ersten Zone des Räu- mungsplanes tatsächlich beendet ist. Daraufhin hat Ge- neral Hoefler gemäß der getroffenen Vereinbarung sofort die Umgruppierung des deutschen Selbstschutzes eingeleitet. Die Polenführer halten in den Dörfern Versammlungen ab und erklären, im Falle einer ungünstigen Entscheidung wür- den sie den Kampf gegen Deutschland von neuem be- ginnen.

Aus Ratibor-Damme treffen Flüchtlinge ein, denen in den letzten Tagen polnische Gefangenschaftsbefehle zugesandt worden sind. Die deutsche Bevölkerung östlich der Ober befindet sich in großer Befürchtung vor den kommenden Ereignissen.

Was ein Franzose sagt.

Gustav Perw bezeichnet in einem Leitartikel der „Victoire“ die Zustimmung des Generals Hoefler zu dem Rückzugsplan der Interalliierten Kommission in Ober- schlesien als einen neuen Beweis für den deutschen guten Willen. Warum, fragt er, versteift sich der Minister- präsident in diesem Augenblick gegenüber der neuen deut- schen Regierung mit ihren demokratischen Tendenzen dar- auf, die Aufhebung der im Rheinland gegen die alte reaktionäre Regierung ergriffenen Sanktionen zu verweigern? Er fürchtet, der Schwäche angeklagt zu werden. Er fürchtet die politische Unersahrenheit vieler junger Ab- geordneten, die von ihrem Hoch gegen Deutschland oder von ihrer Furcht vor ihm verleitet die Räumung der Kohlenbän am Rhein und die Befreiung der Zoll- linie als einen Rückzug betrachten würden. Will man die demokratischen Tendenzen in Deutschland begünstigen oder nicht? Wenn ja, so hebe man die Sanktionen auf. Es ist un- erträglich, Sanktionen aufrecht zu erhalten, wenn die Ursache, die sie veranlaßt hat, verschwunden ist.

### Der Reichshaushalt für 1921.

53 430 Millionen ungedeckt.

Für das Rechnungsjahr 1921 schließt der gesamte Reichshaushaltplan im ordentlichen Etat mit 48 459 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Es fehlen an ordentlichen Einnahmen 4 250 Millionen Mark zur Ver- setzung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. 49 180 Millionen Mark sind im außerordent- lichen Haushalt ungedeckt und durch Anleihen zu be- schaffen. Unter den außerordentlichen Einnahmen von 10,5 Milliarden Mark befindet sich ein Betrag von 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer, der zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Etats mit heran- gezogen werden soll. Aus dem Reichsnotopfer wird für das Rechnungsjahr 1921 eine Einnahme von insgesamt 10 Milliarden Mark erwartet. Für die Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung sind die Zehlbeträge für 1921 veranschlagt mit 4 515 Millionen Mark. Die Ausführung des Ultimatums in haushaltsrechtlicher Beziehung ist im Haushalt für 1921 noch nicht zum Ausdruck gekommen, sie wird einem besonderen Nachtragshaushalt vorbehalten bleiben.

### Ende des englischen Kohlenstreiks.

London, 29. Juni. Amtlich wird gemeldet, daß der Streik der Berg- arbeiter endgültig beigelegt ist.

Der englische Bergarbeiterstreik hat ein Vierteljahr gedauert. Er ist bemerkenswert durch das Eingreifen der Regierung und durch die großen Erfolge, die die Arbeiter erzielt haben.

Die Beilegung der Differenzen erfolgte in einer Zu- sammenkunft zwischen den Bergarbeitern und Lloyd Ge- orge selbst.

Die Arbeit in den Bergwerken soll sofort wieder auf- genommen werden. Da die Bergarbeiter die Bedin- gungen der Regierung angenommen haben, stellt die Re- gierung eine Summe von zehn Millionen Pfund Sterling zur Verfügung, um die Löhne in der Zeit des schlechten Geschäftsganges aufrecht zu erhalten. Zum erstenmal ist durch einen großen industriellen Streik der Grundsatz einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter festgelegt worden. In Zukunft sollen in jedem Bergwerksbezirk von dem Ubergewinn 83 Prozent für Extralöhne und 17 Prozent für Extradividenden verwendet werden. Während den Arbeitern ein Lohn von 20 Prozent über den Standard- lohn von 1914 gesichert wird, hat das Abkommen bezüg- lich der Gewinnbeteiligung den Zweck, die Produktion zu erhöhen und die Dauer des Friedens in der Industrie zu sichern.

Man kann also sagen, daß die Arbeiter so ziemlich alles erreicht haben, was sie wollten, ja sogar in einem Punkte noch mehr. Die Bergwerksbesitzer hatten 20 Prozent des Reingewinns für sich beanspruchen wollen, sie begnügen sich nun mit 17 Prozent. Dafür verzichten die Bergleute auf die Schaffung einer nationalen Ausgleichskasse. Die Bergleute haben die Zustimmung der 10 Millionen Pfund von der Regierung dadurch erreicht, daß sie sich ver- pflichteten: 1. die Wiederaufnahme der Arbeit sofort anzu- ordnen ohne auf den Entscheid der Generalversammlung zu warten und 2. das Abkommen mit den Bergwerksbesitzern als „forabworbend“ zu erklären.

Was darunter zu verstehen ist, erfahren wir aus der Mitteilung, die Lloyd George über das Streikende an das Unterhaus gerichtet hat: Das Abkommen ist bis zum 30. September 1922 gültig und kann von beiden Seiten drei Monate vorher gekündigt werden. Es wird im Unterhause besprochen werden.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Die Finanznot der Gemeinden.

In seiner Schlußtagung beschäftigte sich der Verband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden hauptsächlich mit der Finanznot der Gemeinden und der Aufstellung der Haus- haltungspläne. Um diese Not zu beheben, wurden verschiedene Vorschläge in Entschleunigungen niedergelegt. U. a. wurde verlangt, daß die Gemeinden baldigst einen Ersatz für die Ausfälle erhalten, welche sie durch die Anteile zum Reichs- einkommensteuergesetz erleiden. Sodann habe unbedingt eine scharfe Abgrenzung der Zuständigkeit für die steuer- liche Hebedirektion zwischen Reich, Ländern, Provin- zen, Kreisen und Gemeinden zu erfolgen. Dabei ist es notwendig, daß den Gemeinden bestimmte große Steuer- arten überwiesen werden.

#### Küchtritt Escherichs.

Fürst Graf Escherich hat an die Kreis- und Gauhaupt- leute seiner Organisation ein Abschiedswort gerichtet, worin es heißt, daß er nunmehr sein Ehrenamt als Landes- hauptmann in die Hände derjenigen zurücklegt, deren Ver- trauen ihn auf seinen Posten berufen hat.

#### Die Redefreiheit im besetzten Gebiet.

Die Tätigkeit der politischen Parteien im besetzten Ge- biet wird durch eine neue Verordnung des Kommandie- renden Generals des Brückenkopfes Düsseldorf erheblich be- schränkt. Künftig muß jedem Versuch für die Abhaltung einer Versammlung eine Niederschrift der zu haltenden Rede wenn nicht vollständig, so wenigstens im Entwurf beigelegt werden.

#### Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Von amtlicher französischer Seite wird über die be- gonnenen Verhandlungen in Paris berichtet: Teilnehmer waren auf deutscher Seite Staatssekretär Bergmann und Präsident Engenheimer, auf französischer Seite Minister Loucheur, und aus den beteiligten Ministerien die Herren Zehbour, Laner und Cheysson. Beraten wurde die Frage der Restitutions- und Ersatzlieferungen gemäß einer Anregung der Reparationskommission. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand werden fortgesetzt werden. Zunächst wird über die Lieferung von Materialien be- richtet werden.

#### Verband der Schlichtungsausschüsse.

Eine Konferenz der Schlichtungsausschüsse zahlreicher deutscher Städte, die in Halle unter Beteiligung von Ver- tretern des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Handelsministeriums und sonstiger Regierungsvertreter tagte, beschloß die Gründung eines Verbandes deutscher Schlichtungsausschüsse. Die Tagung beschloß ferner Ab- änderungsanträge für die neue Schlichtungsordnung.

#### Das Unglück auf Mont Genis.

Der Hauptauschlag des Landtages betraf über das

Unglück auf der Zeche Mont Genis. Bergrat Daxfeld gab eine ausführliche Darstellung des Unglücks. Alles strebe für eine Kohlenstaubexplosion, die durch einen Schuß ver- anlaßt wurde. Nachgewiesen sei, daß die Schwerkohle nicht beteiligt waren. Energetische Umschließung des Kohlenstaubes sei erforderlich. Die Wirkung der Veriefung werde vielfach übertrieben. Die systematische Veriefung in den Abbaufrecken habe nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt.

### Großbritannien.

X Waffenstillstand in Irland? Man glaubt, daß man am Vorabend eines Waffenstillstandes in Irland steht. Die Regierung hat das Einstellen der Hinrichtungen ange- ordnet für die Dauer der Verhandlungen, die eröffnet werden sollen. Sie verlangt andererseits von den Sinn- feinern, daß sie auf die terroristischen Akte verzichten. Die englische Regierung soll bereit sein, die Einheit Irlands anzuerkennen und würde geneigt sein, Irland ein nation- ales Parlament zu bewilligen, welches in Dublin tagen würde. Die Sinnfeiner würden eine Autonomie Irlands annehmen. Inzwischen führen die Truppen Verstärkungen vor, denn die Regierung ist der Ansicht, daß die Ordnung in Irland wieder hergestellt werden muß, was sich auch ereignen mag. In der Grafschaft Cork wurden republikanische Truppen bei einer Zusammenkunft überrollt. 45 Mann wurden verhaftet. Ein republikanischer Offizier wurde bei dem Versuch, zu entfliehen, erschossen.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der zum Konsul des Reichs in Liverpool ernannte Legationsrat Dr. v. Dehn-Schmidt ist dort eingetroffen und hat die Geschäfte des Konsulats übernommen.

Stuttgart. Die Reichstagsung deutscher Uhrmacher forderte in einer Entschließung die Aufhebung der Zusatzsteuer und Verzicht auf Erhöhung der Umsatzsteuer.

Wien. Der bayerische Sozialistenführer Dr. Max Levin, der sich bis vor kurzem unter falschem Namen in Wien aufgehalten hatte, hat die russische Grenze überschritten und die Reise nach Moskau angetreten.

Brüssel. Die Heereskommission hat mit 10 gegen 5 Stim- men bei 2 Enthaltungen einen Beschlus gefasst, der für die Infanterietruppen der Jahrgänge 1920, 1921 und 1922 die Dienstzeit auf 10 Monate festsetzt.

Atten. Der griechische Konsul in Konstantinopel hat Bericht erhalten, daß die Besetzung von Flüchtlingen aus Achaemia beendet ist. Die Regierung hat Maßregeln ergriffen, um 30 000 Flüchtlingen Arbeit und Unterkunft zu sichern.

Ottawa. Der Vorsitzende der Veteranen aus dem Welt- kriege hat in einer Soldatenversammlung vor den Kräfte, die im Begriffe sind, eine neue Weltkriegerprobe zu veranstalten, gewarnt. Er forderte einen bestimmten Verzicht aller Soldatenorganisationen eine Einigung zuzustimmen.

### Der sechste Kriegsbeschuldigtenprozeß

General Stenger und Major Crusius unter Anklage.

Reipzig, 29. Juni.

Vor dem Reichsgericht begann heute der sechste der Kriegs- beschuldigtenprozesse. Angeklagt sind, und zwar als franzö- sische Anschuldigung hin, der frühere Generalleutnant Stenger und der frühere Major Crusius. Unter den Zeugen, die ge- laden sind — es sind mehr als hundert — befindet sich die- selbe, im Gegensatz zu den früheren „Kriegsverbrecher“-Prozessen, kein Ausländer. Der Verhandlung wohnten wieder mehrere Ver- treter der Presse bei, darunter vier Franzosen.

Die Anschuldigungen, die gegen die beiden Angeklagten erhoben worden sind, datieren aus dem Jahre 1914, also aus den ersten Kriegstagen. General Stenger soll damals einen Stabsbefehl gegeben haben, in dem es hieß, daß keine Gefan- genen zu machen, französische Gefangene und Verwundete vielmehr sofort zu töten seien. Major Crusius soll dann in Ausführung dieses Befehls die Erschießung französischer Ge- fangener und Verwundeter angeordnet haben. General Stenger bestreitet die Richtigkeit dieser französischen Angaben und schildert den wahren Sachverhalt. Er und sein Stab seien nach der Schlacht bei Sarburg (21. August) von französischen Soldaten, die sich tot oder verwundet stellten, hinterlistig be- schossen worden. Auch von den Räumen herunter hätten die Franzosen geschossen. An sich sei gegen solche Kriegsverbrechen nach völkerrechtlichen Grundsätzen nichts einzuwenden, aber es müsse dann natürlich auch der Gegenpartei erlaubt sein, sich mit allen erdenklichen Mitteln gegen Überfälle dieser Art zu wehren, und so habe er denn seine Umgebung und vielleicht auch größere Truppenteile, die vorüberzogen, vor dem angeblich toten Franzosen gewarnt und in gerechter Notwehr geschloß, daß es nicht darauf ankomme, Gefangene zu machen, sondern die auf den Räumen sitzenden Feinde wie Schlangen herunterzuschießen. In einem schriftlichen Körperbefehl würde er so etwas natürlich niemals zum Ausdruck gebracht haben.

Der Angeklagte Major Crusius, der seinerseits als Kom- mandant der 88. Brigade zugeteilt war, will den Befehl zur Ge- schickung eines Franzosen, der auf dem Schlachtfelde sich tot gestellt habe, nicht selbst gegeben haben, sondern nach einem Befehl des Majors Müller gehandelt haben. Major Müller habe sich dabei auf einen Brigadeführer bezogen. General Stenger, der im Kriege schwer verwundet worden ist und auf Krücken geht, erklärt es noch einmal für ausgeschlossen, daß er einen solchen Befehl gegeben habe. Major Müller sei tot, und es sei nicht festzustellen, wie er gehandelt hat. Major Crusius ist, wie von den französischen Sachverständigen festgestellt wird, schon mehrmals schwer nervenkrank gewesen und das Erinnerungsvermögen hat ihm wiederholt verlassen.

### Deutscher Krankenkassentag.

Freiburg i. N., 29. Juni.

Hier begannen die geschäftlichen Beratungen des Ge- samtverbandes der Krankenkassen Deutschlands. Der Ver- bandsleiter, Abgeordneter Behrens, erläuterte in seiner Begrüßungsrede kurz die Aufgaben der Kranken- kassen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gab Oberregierungsrat Poppe vom Reichsversicherungsamt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zur weite- ren Lösung der sozialen Fragen beitragen mögen. Nach dem Geschäftsbericht über das Jahr 1920 gehören dem Gesamtverband 620 Krankenkassen an. Die Einnahmen betragen etwa 125 000 Mark, die Ausgaben 50 000 Mark. Dem Reservefonds wurden 41 000 Mark überwiesen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums referierte über die geschäftlichen Änderungen auf dem Gebiete der Kranken- kassenversicherungen. Eine besondere Gesetzesnovelle für die Verdoppelung des Entschuldigungsbeitrages, Erhöhung des Stützgelbes und die Heranziehung des Mindesteinkommens zur Krankenkassenbeitragspflicht von 2500 Mark auf 8000 bis 10 000 Mark wurde vorgeschlagen. Abgeordneter Liegelmeier erklärte sich mit der Erhöhung der Bei- tragssumme auf 10 000 Mark einverstanden, warnte aber vor einer Überspannung der Beitragsleistung für die Zu- waltensversicherung. Geschäftsführer Lauf aus Offen be- richtete über die Ausgehaltensversicherung. Ein von ihm begründeter Antrag zum Beitritt zur Ausgehaltensver- sicherung wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

### Sächsisch

Sonnenau- Sonnenau- 1867 Die- Prof. — 191- China.

O Die Se- linie am R- schwere Ver- Gitterverfah- mannschaft- dieser Stütz- Vererbung- die Holzbo- die vollstän- ritiummer, i- den Holzbo- Ausfüllung- Holzgeschäfte- fender des- zur Verjollu- verzüglich n- holen.

— Nau- Steuerabzug- vom Arbeitslo- Mitteilung ab- Stundung der- für das Rech- sühr, daß nun- weiteres zu u- amlicher Stell- der Arbeitge- Lohnabzugsve- schlüssen Einho- jahr 1921 in K-

— Nau- allerorts im- Umgebung zur- übersehlesien- das unter dem- dies's Werkes- Grimmo. Ge- in der Verein- lich bringt auf- und Hilfe.

— Nau- Engert, Bab- und Dfenehr- Meißerprüfung- Diese Mittelur-

— Nau- Ich es der hieß- Nach zum 15- mehreren Land- festzunehmen- beschlagnahm- ungslose Dorf-

— Nau- Vorgänge, die- beteiligt. Der- verwickelter un- weiter; ob mit- gesehen sein. — nicht der Summe- den Ereignissen- dem 1. Teil fer- mit seinem 2. T- teil verspricht d- vreggen. — De- maß in der W- möglich, auch a- in dieser Woche-

### Im

Doch. Kr- schunder Kr- glauben. Das- Ich war doch- ich immer Ge- „Mein — Sie nicht!“

Greichen- Allen schon- war er immer- dennoch hat- the Peitnant- alles, was I- Mutter etwa- der Lat auch- sei und Ant- wie es in fol- unmissende L-

Woran- brach der alte- Gretchen i- „Ich, an- über seine G- hülfe?“

Er nicht. — Taven i- meine ich. Na- knümmte in d- „Magen-“

Unter m- „Mein, P- „Ach so. —“

Der jung- nichte der W-